

AUGUSTIN SOUCHY

Eigenarten der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung

Brasilien ist das einzige Land Südamerikas, wo nicht spanisch, sondern portugiesisch gesprochen wird. Dieses Riesenland von fast neun Millionen Quadratkilometern Flächeninhalt unterscheidet sich auch in seiner politischen Entwicklung von den Nachbarländern. Während in den früheren spanischen Kolonien des neuen Kontinents gleichzeitig mit der nationalen Unabhängigkeit auch die Republik proklamiert wurde, fand in Brasilien die portugiesische Monarchie ihre Fortsetzung und bestand bis zum Jahre 1889. In Mexiko wurde die Sklaverei bereits 1815 durch Pater Hidalgo abgeschafft, in Brasilien aber blieben die Neger bis zum Jahre 1888 versklavt. Diese verspätete Freiheitsentwicklung dürfte auch auf die Arbeiterbewegung des Landes einen gewissen Einfluß ausgeübt haben.

In der ersten republikanischen Verfassung vom Jahre 1892 werden die Rechte der Arbeiter mit keinem Worte erwähnt. Das entsprach dem damaligen Zeitgeist des bürgerlichen Liberalismus, für den der Mensch politisch betrachtet schlechthin Staatsbürger war. In den liberalen Konstitutionen des vorigen Jahrhunderts wird auf die wirtschaftliche Stellung des Arbeiters keine Rücksicht genommen.

Im Jahre 1903 wurde in Rio de Janeiro die Regionale Arbeiterföderation gegründet. Der zweite Kongreß dieser Organisation vom Jahre 1906 stand unter dem Einfluß -der syndikalistischen Ideen. Die auf dieser Tagung angenommene Prinzipienklärung -erinnert an die bekannte Amiensresolution des französischen Syndikalismus. Die Hineintragung politischer Parteistreitigkeiten und religiöser Glaubensbekenntnisse in die Gewerkschaften wird abgelehnt und die direkte Aktion als Mittel zur Verteidigung der Menschenrechte und der materiellen Interessen der Arbeiter befürwortet. Auf dem Kongreß der Regionalen Arbeiterföderation Brasiliens im Jahre 1913 traten die anarcho-syndikalistischen Ideen noch stärker in Erscheinung, zur gleichen Zeit aber machte sich auch eine sozialistische Opposition gegen den Syndikalismus bemerkbar.

Nach Beendigung des ersten Weltkrieges kam der Bolschewismus ins Land. Das löste eine Reaktion bei den herrschenden Schichten aus. Der Liberalismus war aus der Mode gekommen. Großgrundbesitzer und Militär rissen die Staatsmacht an sich, um gegen die Revolutionsgefahr von links einen Schutzwall zu errichten. Die radikale Arbeiterbewegung wurde unterdrückt, ihre Wortführer waren Verfolgungen ausgesetzt. Diese Reaktionsperiode dauerte über ein Jahrzehnt. Inzwischen hatte sich ein ideologischer Wandel in der Arbeiterbewegung vollzogen. Der größte Teil der radikalen Arbeiterführer ging unter dem Einfluß der russischen Revolution ins Lager des Bolschewismus über.

Unter der Regentschaft des Präsidenten *Getulio Vargas* begann eine neue Phase der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung. Im Jahre 1931 wurden von Vargas die ersten Grundgesetze zum Schutze der Arbeiter verkündet. Das war zur Zeit, als in Polen *Pilsudski* und in Italien *Mussolini* an der Macht waren. Der Geist des korporativen Staates spukte in den Köpfen der Diktatoren. Diesem Zeitgötzen huldigte auch Vargas. Vargas wollte auch in Brasilien einen korporativen Staat errichten. Den Arbeitern wurden gewisse Rechte gewährt, die sie früher nicht hatten, gleichzeitig aber auch Freiheiten genommen, deren sie sich vorher erfreuten. Die Gewerkschaften wurden nicht nur staatlich anerkannt, sondern auch von der Regierung kontrolliert. Das von Präsident Vargas geschaffene Gewerkschaftsgesetz besteht in seinen Grundzügen auch heute noch.

Die Gewerkschaften Brasiliens sind der Staatsaufsicht unterstellt. Will eine Berufsgruppe ein „sindicato“ gründen, dann muß sie hierzu beim Arbeitsministerium die Erlaubnis einholen. Sie erhält die vorgedruckten Statuten mit einem Anhang, in welchem die Zahl der Mitglieder mit Angabe des Namens, Alters, der Berufssparte usw. eingeschrieben werden müssen. Auf der Gründungsversammlung ist ein Vertreter des Arbeitsministeriums anwesend. Das Arbeitsministerium hat das Recht, unbecueme oder politisch nicht zuverlässige Vorstandsmitglieder abzulehnen. Diese Bestimmung liefert die Gewerkschaften der Willkür der Staatsbehörden aus. Ich hörte Klagen darüber, daß die Behörden Führer an die Spitze von Gewerkschaften stellten, die von den Arbeitern bei freien Wahlen und innerer Demokratie nie gewählt worden wären. Im Volksmund werden diese Gewerkschaftsführer als „pelegos“ oder Emporkömmlinge bezeichnet, die ihre privilegierte Stellung dazu ausnutzen, um sich persönlich zu bereichern. In früheren Jahren, unter dem Diktaturregime, waren die „pelegos“ eine wahre Plage der Gewerkschaftsbewegung; zur Zeit hat sich das gebessert. Nicht eingetragene Berufsvereine gibt es nicht. Nur ein beim Arbeitsministerium eingetragenes „sindicato“ hat das Recht, Kollektivverträge abzuschließen und andere Gewerkschaftsfunktionen auszuüben. Die Kassenbücher der Gewerkschaften müssen dem Arbeitsministerium zur Prüfung vorgelegt werden. Streikfonds dürfen die Gewerkschaften nicht anlegen. So etwas ist in den Statuten nicht erlaubt. Bei meinen Umfragen in vielen Gewerkschaften São Paulos und Rio de Janeiros erhielt ich die Antwort, daß es auch illegale Streikfonds nicht gebe. Die Gewerkschaften Brasiliens haben also nicht die Möglichkeit, Streikaktionen der

BRASILIANISCHE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Arbeiter zu finanzieren. Will eine Gewerkschaft ihre Statuten verändern, dann muß sie hierzu beim Arbeitsministerium Genehmigung einholen.

Eine ganz besondere Eigenart der brasilianischen Arbeitergesetzgebung, die ich in keinem andern Lande Lateinamerikas fand, ist die Gewerkschaftssteuer. Jeder Arbeiter oder Angestellte, einerlei, ob er organisiert ist oder nicht, muß alljährlich einen Tageslohn als Steuer an den Staat entrichten. Die Steuer wird vom Arbeitgeber einbehalten und an die Staatsbank abgeführt. Die Regierung stellt einen gewissen Prozentsatz dieser Gelder den Gewerkschaften zur Verfügung, die damit Abendschulen für die Analphabeten unter ihren Mitgliedern errichten oder sie für andere kulturelle und organisatorische Aufgaben verwenden. Neben dieser obligatorischen Gewerkschaftssteuer zahlen die Mitglieder auch noch ihren ordentlichen Beitrag. Ein Teil der Gewerkschaftsgelder wird für Krankenpflege verwendet. Allgemeine Ortskrankenkassen, wie in Deutschland, gibt es in Brasilien nicht. Jede größere Gewerkschaft hat aber eine eigene Krankenkasse. Im Hause der Metallarbeitergewerkschaft zu São Paulo ist eine Art Poliklinik für die Mitglieder eingerichtet. Ich habe mir diesen Betrieb angesehen. Alles ist gut organisiert. Die Mitglieder werden ärztlich betreut und erhalten auch Arzneien. Sie brauchen hierfür nichts zu zahlen. Das Krankenkassengeld ist im Mitgliedsbeitrag einbegriffen. Krankenunterstützung wird nicht gezahlt, denn der Unternehmer ist gesetzlich verpflichtet, einem erkrankten Arbeiter oder Angestellten den Lohn weiterzuzahlen. Große Betriebe, wie z. B. die Automobilfabriken Ford, Mercedes-Benz usw. in São Paulo, haben ihre eigenen Krankenkassen und sogar auch ihre eigenen Betriebskonsumgenossenschaften, wo alle Waren um ein Drittel billiger sind als im freien Handel.

Der organische Aufbau der Gewerkschaften ist vom Gesetz vorgeschrieben. Die Grundform ist das Berufssyndikat. Berufsvereine können sich zu einer Industriegewerkschaft zusammenschließen. Auch örtliche Gewerkschaftskartelle sind gesetzlich zugelassen. Es gibt auch sogenannte nationale Industrieföderationen, die man im heutigen deutschen Sprachgebrauch als Industriegewerkschaften bezeichnen könnte. Einen einheitlichen Gewerkschaftsbund für ganz Brasilien aber gibt es nicht, er ist auch gesetzlich nicht erlaubt. Die Gesetzgeber von 1931 wollten Berufsvereine, keine allgemeine Klassenorganisation. Das gewerkschaftliche Grundgesetz ist aber heute noch in Kraft. Die brasilianische Arbeiterbewegung kann sich daher auch nicht einer Gewerkschaftsinternationalen anschließen. Das können nur Industriegewerkschaften isoliert tun. Und auch dafür müssen sie vom Arbeitsministerium die Erlaubnis haben. Zur Zeit sind drei Industriegewerkschaften Brasiliens Mitglieder internationaler Industrieföderationen des IBFG. Den Nebenorganisationen des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes gehört keine brasilianische Gewerkschaft an. Das hindert freilich die Kommunisten nicht, auf von Moskau inspirierten internationalen Veranstaltungen als „Delegierte der brasilianischen Gewerkschaften“ aufzutreten.

Das Gewerkschaftsgesetz schreibt Rechte und Pflichten vor. Gewerkschaftsvertreter haben das Recht, als Beisitzer in den staatlichen Schlichtungsausschüssen mitzuwirken. Die Urteile der Arbeitstribunale sind verbindlich. Streiks können nur erklärt werden, wenn das Arbeitsgericht seine Zustimmung hierzu gibt. Alle anderen Streiks sind wild oder illegal. Diese Beschränkung des Streikrechts wird von den Arbeitern als Fessel empfunden. Ein sozialistischer Abgeordneter hat dem Parlament einen Entwurf für ein neues Gewerkschaftsgesetz vorgelegt. Das ist schon einige Jahre her. Der Abgeordnete, mit dem ich über seinen Vorschlag sprach, beklagte sich darüber, daß der Entwurf im Kammerausschuß begraben liegt.

Im November vorigen Jahres fand in Rio de Janeiro eine stark besuchte Gewerkschaftskonferenz statt. Dort wurde eine scharf formulierte Resolution angenommen, in der eine radikale Änderung des bestehenden Gewerkschaftsgesetzes gefordert wird. Das gegenwärtige Gesetz über das Streikrecht wird „als Erbschaft der Diktatur und als

AUGUSTIN SOUCHY

Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiter“ bezeichnet. In Gewerkschaftskreisen hofft man, daß der neue Präsident, der im kommenden Jahr sein Amt antreten wird, die veraltete Arbeitergesetzgebung endlich erneuern wird.

Das Verbot des Streikrechts wird nicht streng durchgeführt. Es gibt dauernd kleinere und größere Streiks, über die von den Zeitungen ausführlich berichtet wird. Im vergangenen November kam es in São Paulo, der größten Industriestadt des Landes, zu einem Proteststreik gegen die Teuerung. Der Verkehr war zum größten Teil stillgelegt. Die Regierung erklärte den Streik als illegal, doch Vizepräsident *Goulart* veröffentlichte in der Presse seine abweichende Meinung. Er sagte, daß den Arbeitern nicht das Recht genommen werden dürfe, auf ihre Weise gegen die Teuerungswelle zu kämpfen. Anfang Dezember streikte das Personal sämtlicher Luftfahrtgesellschaften. Ein Fliegerstreik in Brasilien ist bei den mangelhaften Verkehrswegen und wegen der großen Bedeutung des Luftfahrtwesens eine ernste Sache. Der Streik dauerte mehrere Tage und endete mit einem vollen Erfolg für das Personal. Das Arbeitsgericht bewilligte unter dem Druck der Aktion 35 vH Gehalts- und Lohnerhöhungen.

Eine einheitliche Ideologie gibt es in der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung nicht. In den dreißiger Jahren war der Kommunismus im ganzen Lande und auch in der Arbeiterbewegung recht stark. Heute ist er auf der ganzen Linie im Rückgang. Die Kommunistische Partei hat nach ihrem mißglückten Aufstandsversuch vom Ende der dreißiger Jahre ihr Prestige eingebüßt. Die Partei ist immer noch verboten, doch ihre Führer werden nicht mehr verfolgt. In mehreren Gewerkschaften haben die Kommunisten immer noch einen gewissen Einfluß, in keiner aber sind sie an der Führung. Der religiöse Einschlag in den Gewerkschaften ist dagegen augenfällig. In der Industriearbeitergewerkschaft zu Rio de Janeiro hängt im Sitzungssaal ein großes Kreuz mit der Heilandsfigur. Als ich nachdenklich das große Kreuz betrachtete, sagte mir der Gewerkschaftsführer: „Unsere Gewerkschaft ist nicht katholisch, doch unsere Mitglieder sind Katholiken. Und dann sind wir auch Kinder der Tropen. Bei uns finden Sie Gegensätze auf Schritt und Tritt. Wir haben den Kommunismus überwunden. Wenn es uns gelingt, unsere Arbeitergesetzgebung zu modernisieren — woran wir nicht zweifeln —, dann wird unsere Gewerkschaftsbewegung in eine neue Entwicklungsphase treten. Neue Freiheiten werden uns in den Stand setzen, die Interessen der Arbeiterschaft besser und erfolgreicher zu verteidigen.“

Zum Schluß baten mich die anwesenden brasilianischen Gewerkschafter, den deutschen Kollegen im DGB ihre herzlichsten Grüße zu übersenden. Ein Auftrag, den ich nicht vergessen möchte.

OTTO BENNEMANN

Wir kennen viele Beispiele, gerade aus der jüngsten Zeit, daß Staaten zur Abwehr des Totalitarismus solche Methoden wählten, die sie selber auf die schiefe Bahn autoritären Regierens brachten. Zum Schutz der Freiheit ist deshalb eine Dezentralisierung der Macht und eine Gliederung der öffentlichen Gewalt in überschaubare Bereiche notwendig. Deshalb sagen wir Ja zum föderalistischen Aufbau des Staates und bekennen uns zu den Grundsätzen der Gemeindefreiheit.

(Aus dem Referat des niedersächsischen Innenministers auf der 7. Kommunalpolitischen Bundeskonferenz der SPD in Mülheim/Ruhr am 24. Juni 1960.)